

Berichterstattung der Bundesregierung zur Tagung Medien und Terrorismus

"Worte sind Waffen"

Welche Verantwortung tragen die Medien, wenn sie über Terrorismus, Bürgerkriege und Konflikte berichten? Können Medien Konflikte verhindern oder lösen? Diese und andere Fragen waren Thema eines entwicklungspolitischen Forums in Bonn am 7. und 8. Mai in Bonn.

Unter dem Titel "Medien, Konflikte und Prävention" beschäftigten sich Journalisten, Entwicklungshelfer und andere Experten mit der Herausforderung der Medien bei Konfliktprävention, Konfliktlösung und Konfliktaufarbeitung. Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Uschi Eid, hatte die Tagung unter das Motto gestellt "Worte sind Waffen" bei der weltweiten Konfliktbewältigung. Veranstalter waren das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle (DW) und dem, den Vereinten Nationen angegliederten, Institute for Media, Peace and Security der University for Peace, Costa Rica (UPEACE).

Arbeiten in Konfliktgebieten

Die Veranstalter hatten zu dem Forum Journalisten aus einer Vielzahl von Ländern eingeladen, die ihre Erfahrungen unter Konfliktbedingungen gesammelt haben. Außerdem waren Vertreter verschiedener Regierungen und der Zivilgesellschaft dabei. Verantwortung, Herausforderungen und Pflichten der Medien bei der Berichterstattung in Bürgerkriegen, nationalen, ethnischen und religiösen Konflikten sowie über die verschiedenen Formen des Terrors waren Gegenstand von Referaten, Erfahrungsberichten und Diskussionen.

Ihr Grußwort nahm die Staatssekretärin zum Anlass, auf den Amoklauf von Erfurt und die Verantwortung der Medien beim Thema Gewalt hinzuweisen. Als Beispiele dafür, dass "Worte als Waffen" eingesetzt werden, nannte sie das Radio, das im Dritten Reich die Frage nach dem "Totalen Krieg" in jeden Haushalt trug, aber auch die Rolle dieses Mediums im Bürgerkrieg des afrikanischen Ruanda Mitte der neunziger Jahre, wo das Medium zum integralen Bestandteil von terroristischen Aktionen wurde.

Einer Vielzahl interessanter Diskussionsansätze sahen sich die Teilnehmer gegenüber:

- Wem sind die Medien bei der Berichterstattung über Konflikte verpflichtet?
- Wie können die Medien in einem von kulturellen Missverständnissen und Fremdenfeindlichkeit geprägten Klima ihre Glaubwürdigkeit bewahren?
- Können Medien ein Instrument der Konfliktprävention sein?
- Welche Einschränkungen unterliegen die Medien bei der Erfüllung dieser Rollen?
- Kann es eine Garantie für eine ausgewogene Berichterstattung geben?
- Können die Medien dazu beitragen, Perspektiven für eine bessere Zukunft aufzuzeigen?
- Welche Konsequenzen können für die Medienpolitik der internationalen Gemeinschaft gezogen werden?

Bei den einzelnen Sitzungen sorgten Gesprächspaare wie der Chefredakteur des arabischen Senders Al Jazeera, Katar, zusammen mit dem Chefredakteur des Israelischen Fernsehens oder der Direktor des "International Centre for Peace Initiatives", Indien und der Chefredakteur von "Ausaf" in Pakistan für die unterschiedlichsten Betrachtungsweisen. "Der Journalist ist Teil der eigenen Kultur, ob er will oder nicht", formulierte der israelische Teilnehmer. Und Grigori Jawlinski, Mitglied des Parlaments der Russischen Föderation, zitierte ein Sprichwort seines Landes: "Wichtiger als die Redefreiheit ist die Freiheit nach der Rede".

Quelle: Internetseite

http://text.bundesregierung.de/nurtext/dokumente/Artikel/ix_79510_1549.htm